

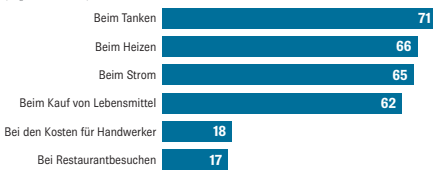


65 Prozent der Befragten geben an, dass ihnen eine finanzielle Absicherung im Alter besonders wichtig ist. BLD, DPA

Die Bürger wollen vor allem sichere Finanzen im Alter

Kosten für Energie und Lebensmittel belasten besonders stark

In welchen Bereichen treffen Sie die Preissteigerung besonders? (Angaben in Prozent)



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IHD-Umfrage 6164/1

Das Ergebnis der Bundestagswahl löst bei den meisten Baden-Württembergern und Baden-Württembergern wenig Begeisterung aus. Das zeigt der neue BaWü-Check des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen. Einzig die oft gebeutelten Anhänger der Sozialdemokraten im Land sind gegenwärtig im Aufwind. Während sich die Auswirkungen der Bundestagswahl auf die Landespolitik eher schwer abschätzen lassen, zeigt sich eines deutlich: Die Entwicklung der Verbraucherpreise machen der Bevölkerung zu schaffen.



Nur 54 Prozent derer, die sich als SPD-Anhänger bezeichnen, erklärten in der Umfrage, die Landes-SPD gefalle ihnen gut.

Landesregierung

Nach der Bundestagswahl bröckelt auch der Rückhalt für die grün-schwarze Koalition in Baden-Württemberg. Im November sagten 41 Prozent der Befragten, sie würden eine Ampelregierung aus Grünen, SPD und FDP der grün-schwarzen Koalition vorziehen. Das waren vor der Bundestagswahl bei der Befragung im Juli nur 31 Prozent. Grün-Schwarz finden aktuell 31 Prozent gut, im Juli waren es noch 35 Prozent. Die Demoskopie aus Allensbach betonten, insbesondere Anhänger der Grünen würden die Fortsetzung von Grün-Schwarz im Land zunehmend kritisch sehen.

Rückhalt für Kretschmann

Im gleichen Maße wie die Zustimmung zur grün-schwarzen Koalition in Baden-Württemberg zurückge-

gangen ist, wird auch die Unterstützung für den populären grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann etwas weniger. Er kann sich immer noch auf eine relative Mehrheit der Befragten verlassen: 41 Prozent von ihnen wünschen sich, dass Kretschmann die volle Amtszeit bis 2026 absolviert – im Juli waren das aber noch 45 Prozent. Jetzt plädieren 35 Prozent dafür, dass er sein Amt vorzeitig an einen Nachfolger übergibt, im Juli sagten das 32 Prozent. Bemerkenswert ist, dass sich vor allem die Unterstützer der Grünen wünschen, dass während der Legislaturperiode ein Wechsel an der Spitze erfolgt.

Von Renate Allgöwer

Landesweite Umfrage

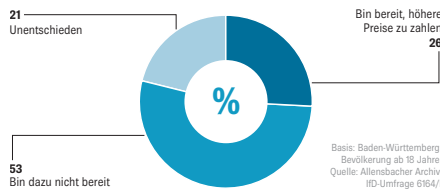
Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die das Institut für Demoskopie Allensbach inzwischen zum siebten Mal durchgeführt hat.

Befragung: In der Zeit vom 28. Oktober bis zum 8. November wurden in Baden-Württemberg 1020 Personen online befragt. Die per Zufall ausgewählten Personen erhielten eine E-Mail und konnten über einen Link zum Fragebogen gelangen. Der Fragebogen umfasste 14 Fragen. Die Befragten konnten vorgegebene Antworten anklicken.

Auswahlmethode: Befragt wurden Personen ab 18 Jahren aus der deutschsprachigen Bevölkerung in Baden-Württemberg. Die Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl ermittelt, erklärt das Institut für Demoskopie in Allensbach. ral

Nur geringe Zahlungsbereitschaft zugunsten des Klimaschutzes

Sind Sie bereit, für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu zahlen, oder sind Sie dazu nicht bereit?



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IHD-Umfrage 6164/1

Hohe Verbraucherpreise

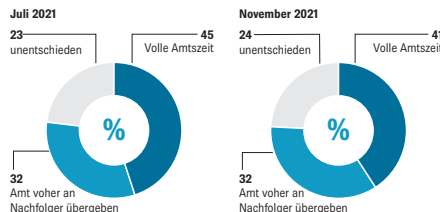
Zwei von drei Befragten (65 Prozent) belasten die hohen Energie- und Lebensmittelkosten spürbar. Bei den Bürgern, die über ein niedriges Einkommen verfügen, klagt sogar drei Viertel über die Preissteigerungen. Die Bevölkerung insgesamt klagt vor allem über die Preise beim Tanken und Heizen (71 und 66 Prozent). Die Befragten mit niedrigen Einkommen treffen vor allem die Lebensmittelpreise. 76 Prozent nennen sie als Hauptproblem, gefolgt von den Stromkosten, die 74 Prozent zu schaffen machen.

Problematischer Klimaschutz

Die hohen Verbraucherpreise machen die Bürger zurückhaltend gegenüber Themen, die ebenfalls mit Kosten für sie verbunden sein könnten. Die Befragten halten besseren Klimaschutz zwar mehrheitlich für wichtig, aber 53 Prozent von ihnen sind nicht bereit, für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu zahlen. Nur 26 Prozent würden für den Klimaschutz tiefer in die Tasche greifen. Bei aller Sympathie für den Klimaschutz – wenn es konkret wird, sieht es bei vielen anders aus. 56 Prozent der Baden-Württemberger sind dagegen, dass ab 2030 keine neuen Autos mit Benzin- oder Dieselmotoren mehr zugelassen werden sollen. Auf dem Land sagen dazu sogar 64 Prozent Nein.

Volle Amtszeit für Winfried Kretschmann?

Wie sehen Sie das: Sollte Ministerpräsident Winfried Kretschmann die volle Amtszeit, also die nächsten fünf Jahre, im Amt bleiben, oder sollte er das Amt vorher an einen Nachfolger übergeben?



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IHD-Umfrage 6163/1, 6164/1

CORONA AKTUELL

Alarmstufe gilt ab Mittwoch

Stuttgart. Die Zahl der Covid-19-Patienten auf Intensivstationen in Baden-Württemberg hat den zweiten Tag in Folge den für die Alarmstufe entscheidenden Wert von 390 überschritten. Am Dienstag (Stand 16 Uhr) waren nach Angaben des Landesgesundheitsamts 424 Covid-19-Fälle in intensivmedizinischer Behandlung, das sind 17 mehr als am Vortag. In Baden-Württemberg soll deshalb laut Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ab Mittwoch die Alarmstufe gelten. Die 2G-Regel (geimpft oder genesen) greift dann etwa in Restaurants, Museen, Kinos und öffentlichen Veranstaltungen.

Die sogenannte Hospitalisierungsinzidenz lag am Dienstag bei 5,8. Sie gibt die Zahl jener Menschen an, die pro 100 000 Einwohner innerhalb einer Woche mit Corona-Symptomen in eine Klinik kommen. Die aktuelle Zahl der Klinikeinweisungen ist allerdings in der Regel höher als in der Hospitalisierungsinzidenz ausgewiesen. Die vollständigen Werte liegen oft erst nach ein bis zwei Wochen vor.

Die Sieben-Tage-Inzidenz der Corona-Neuinfektionen stieg auf 382,8. Der Wert gibt an, wie viele neue Infektionen mit dem Coronavirus pro 100 000 Einwohner innerhalb einer Woche den Behörden gemeldet wurden. Die Zahl der bestätigten Corona-Fälle seit Beginn der Pandemie stieg um 8666 auf 718 976. isu

Corona: Kretschmann hofft auf Auffrischungsimpfungen

Kommt ein erneuter Lockdown?

Stuttgart. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) schließt angesichts der dramatischen Corona-Lage einen erneuten Lockdown nicht aus. Man habe Stand heute keine allgemeinen Lockdowns vor und halte erstmal an den Maßnahmen unter der 2G-Regel fest, sagte der Grünen-Politiker am Dienstag in Stuttgart. „Ob wir nochmal in die Situationen kommen, dass wir noch weitergehen müssen, hängt auch von den Auffrischungsimpfungen ab.“ Er hoffe nicht, dass es nochmal zu einer solchen Lage komme. „Aber ausschließen kann man wirklich nichts.“ Es könne sein, dass man die Größe von Veranstaltungen begrenze.

Baden-Württemberg pocht mit Blick auf das Auslaufen der epidemischen Lage nationaler Tragweite auf eine andauernde Rechtsgrundlage für Ausgangsbeschränkungen im Kampf gegen die Corona-Pandemie. Die Hauptforderung des Landes für die Ministerpräsidentenkonferenz am Donnerstag sei, die Einschränkungen der sogenannten Länderöffnungsklausel wegzubekommen, sagte Kretschmann. Mit der Klausel sollen die Länder gesetzliche Möglichkeiten erhalten, um im Notfall weitergehende Maßnahmen beschließen zu können. Das Auslaufen der epidemischen Lage komme zweifelsohne zu früh, kritisierte Kretschmann.

Die vom Bundestag festgestellte epidemische Lage dient als Rechtsbasis für umfassende Maßnahmen. Trotz steigender Infektionszahlen soll sie den Plänen der künftigen Ampel-Koalition zufolge am 25. November auslaufen. SPD, Grüne und FDP wollen diese Rechtsgrundlage für Corona-Beschränkungen in den Ländern durch eine Neuregelung ersetzen, die einen kleineren Maßnahmenkatalog umfasst. isu